

Solidarwirtschaft : Antworten auf Fragen zu einer neuen « Governance ».

Beitrag zur ICSD Konferenz September 2009 in Laesoe.

Abstrakt :

Governance ist ein sehr politisches Thema, es handelt allgemein in unserer demokratischen Gesellschaft von geteilter Verantwortung, von verschiedenen Ebenen der Entscheidungsfindung bis zu der Frage der Miteinbringung der Zivilgesellschaft in Vorschlags-und Entscheidungsfindung.

In diesem Sinne wird auf keinen Fall das System der repräsentativen Demokratie , die wir kennen wenn wir zu Wahlen schreiten in Frage gestellt, aber man muss auf aktuelle Unzulänglichkeiten dieses Systems aufmerksam machen. Vor allem ist festzuhalten dass die Wirtschaft nicht mehr zufriedenstellend von unseren Volksvertretern im Sinne einer Nationalstaatlich oder einer Europäisch gelenkten politischen Kraft zum Wohle der Allgemeinheit organisiert werden kann.

In diesem Zusammenhang erlaubt die historische Betrachtung zu sehen dass den Unternehmen im Laufe der Entwicklung der zwei letzten Jahrhunderte des Industriezeitalters immer mehr Bedeutung zukam und sie somit schlussendlich wenn sie dann die Form von Multinationalen Konzernen erreichen konnten, als sogenannter Angelpunkt, zu den wahren Politikgestaltern aufstiegen.

Die Eigendynamik die damit einhergeht besteht dann schlussendlich darin dass diese weltweiten Konzerne nur noch auf die Ausweitung ihrer Macht und die Kontrolle jeglicher Konkurrenz (Alternative) ausgerichtet sind, ohne Rücksicht auf die wirklichen Bedürfnisse der Menschen. Sie werden nicht nur zum Staat im Staat, sondern sie hebeln jegliche demokratischen Mechanismen aus.

Um demokratische Mechanismen wieder funktionsfähig zu machen wäre es sinnvoll den Angelpunkt « Unternehmen » in Zukunft und das Zeitalter der Wissensgesellschaft vorbereitend, durch den Angelpunkt « Territorium » zu ersetzen. Im Klartext heisst dies dass die moderne zukünftige Gesellschaft, die Bürger also, das « Unternehmen Territorium » als Ausgangspunkt zur Produktion von Waren und Dienstleistungen in den Mittelpunkt des ökonomischen Handelns stellen sollte, um so den Bedürfnissen der Menschen besser gerecht werden zu können.

Solidarwirtschaft ist :

- 1) Eine gesellschaftspolitische Notwendigkeit.**
- 2) Eine Herausforderung für die Wissenschaft.**
- 3) Ein gemeinsames Lernen.**
- 4) Eine Infragestellung von Politik und Wirtschaft**
- 5) Eine Valorisierung des Territoriums.**

1) Solidarwirtschaft, eine gesellschaftspolitische Notwendigkeit.

Solidarwirtschaft und « Governance ».

Wenn sehr viel über eine neue « Gouvernance » gesprochen wird um der Finanz- und Wirtschaftskrise beizukommen, so ist damit wiederum die politische « Gouvernance » gemeint. Das heisst im Klartext, es geht um das Erneuern des Zusammenspiels der politischen Instanzen, den staatlichen Verwaltungen und deren kausalen Einfluss auf die Gesellschaft, die Bürger und die angewandten Wirtschaftsmodelle. Anders ausgedrückt geht es um das Primat der Politik und somit um eine Festigung unserer demokratischen Ordnung. Was kann die Solidarwirtschaft hierzu beitragen?

Fundamentalwissenschaftlich spricht sie von neuen Paradigmen welche ein Wirtschaften im Dienst des Menschen beschreiben und hierzu das Konzept einer « pluralen Wirtschaft » liefert. Das heisst dass es nebeneinander verschiedene Möglichkeiten gibt sich wirtschaftlich zu betätigen, mit Zielen die ebensowenig eine vernünftige persönliche Bereicherung wie auch die Möglichkeiten einer nicht profitorientierten Handlungsweise ausschliesst. Konkret schlägt man vor, neben der öffentlichen- und privaten Wirtschaft einen dritten Raum zu schaffen der lokale und regionale Interessen zum Wohle der Allgemeinheit ebenso berücksichtigt wie dieser Raum auch globales Handeln, durch Fair-Trade oder ethische Finanzsysteme, als Dienst an der Weltgemeinschaft erlauben soll.

Damit unser gesellschaftliches Zusammenleben demokratisch regiert werden kann (governance), berufen wir uns also im Allgemeinen auf ein komplexes und historisch gewachsenes System von Gesetzen und Verträgen. Dieses komplexe System hat im Laufe der Entwicklung unserer Demokratien immer wieder Veränderungen erfahren um auf die Bedürfnisse und Erfordernisse gesellschaftlicher Prozesse angepasst zu werden. Seit den 80ziger Jahren hat sich dieses System rein zugunsten eines immer weniger kontrolliertem Freihandel entwickelt und uns mit dem so entstandenen Neoliberalismus, wie wir jetzt mit der Krise sehen, in eine Sackgasse geführt.

In Form einer angewandten Wissenschaftsarbeit, vornehmlich in den Projekten selbst, arbeitet die Solidarwirtschaft an verschiedenen Schwerpunktthemen (Partizipation der Bürger im Sinne der Subsidiarität, andere Indikatoren für gesellschaftlichen Reichtum, neue Gesellschaftsformen im non-profitbereich, nachhaltige Ansätze zur Gestaltung der Öffentlichen Ausschreibungen, Aufbau ethischer Finanzsysteme, usw.) zu denen sie heute schon konkrete Ideen und verlässliche Modelle anführen kann. Dies sind heute allesamt

relevante Ansätze welche Einfluss nehmen können auf eine angepasstere neue Gouvernance und somit mithelfen können aus der Sackgasse herauszufinden.

Solidarwirtschaft : ein Instrument zur Demokratisierung der Wirtschaft.

Die Solidarwirtschaft einordnen.

Die Solidarwirtschaft ist eine weltweite Bewegung welche dabei ist eine Form des Wirtschaftens einzuführen die komplementär zum aktuellen dualen System der Volks- und Privatwirtschaft ist. Sie hat ebenso einen ökonomischen wie auch politischen Charakter. Die politische Dimension ist als wesentlich zu betrachten wenn man beachtet dass die Solidarwirtschaft es ermöglicht, durch ihre von Grund auf ökonomische Aktivität einen zivilgesellschaftlichen Raum zu besetzen welcher eher unbeleckt von aufgeklärten Artikulationsprozessen ist und somit einen greifbaren Beitrag zu der Notion der Partizipativen Demokratie leisten kann.

Zum Einen ist es die Bestimmung der Solidarwirtschaft die Wirtschaft zu demokratisieren und es ist dieses sich Öffnen zu den Dimensionen Politik und Gesellschaft welches sie einerseits von dem Paar Volks- und Privatwirtschaft und andererseits von jeglichen Hilfs- oder Betreuungsorganisationen mit sozio-ökonomischen Charakter, die im Zuge der Organisation des Wohlfahrtsstaates entstanden sind, unterscheidet.

Zum Anderen stellt man auch fest dass in der Zeit der Entwicklung des modernen Kapitalismus schon andere hybride Formen des Wirtschaftens, in denen Notionen wie Demokratie und Solidarität als fundamentale Elemente zurückbehalten wurden, entstanden sind. Dies gilt vornehmlich für die Produktionskooperativen oder die Genossenschaftsversicherungen und -Banken. Auch wenn hier andere ethische Werte in den Vordergrund gestellt werden so muss kritisch zurückbehalten werden dass diese « Betriebe » sich Konform zu den Grundsätzen des Kapitalismus verhalten und somit den Regeln des « freien Marktes » gehorchen. Im Endeffekt muss festgestellt werden dass die Gedanken der Demokratie und der Solidarität ausschliesslich das Innenleben solcher Betriebe betreffen und damit exklusiv dem Nutzen der Protagonisten selbst dienen. Somit können sie keinen generellen Anspruch darauf erheben sich an einer grundlegenden gesellschaftlichen Transformation zur demokratisierung der Wirtschaft zu beteiligen.

Der zivilgesellschaftliche Raum und das Recht sich zu vereinigen.

Grundsätzlich ist die Vereinigung eine der institutionellen Formen die das fundamentale demokratische Bürgerrecht betreffen. In diesem Sinne dürfte das Recht auf Vereinigung es ermöglichen ein bürgerliches Artikulationsfeld zu beschreiben, welches komplementär zu unseren Systemen der repräsentativen Demokratien sein kann und somit eine kritische Masse an Ideen und Handlungsweisen hervorbringen kann die das Konzept der partitipativen Demokratie alimentieren können.

Dies bedeutet dass die Vereinigungen als ökonomische Akteure ohne Gewinnzweck, initiiert von Bürgern und handelnd im Interesse der Allgemeinheit, des Gemeinwesens und der Kollektivität diese Rolle einer soziopolitischen Kraft entwickeln können welche das Ineinadergreifen der Interessen der Bürger und der Öffentlichen Macht ermöglicht.

Von der Vereinigung zum Akteur der sozialen Transformation.

Die Vereinigung wirkt somit an den Schnittstellen zwischen Gesellschaft und Gemeinwesen. Sie hinterfragt somit auch die demokratischen Regeln, aufgebaut auf die Notionen von Gleichheit und Freiheit und sie kann folglich neue Formen von Solidarität produzieren. Daraus ergibt sich dass den Vereinigungen, welche sehr heterogen in ihren Aktivitäten und in ihren Verpflichtungen sein können, eine Schlüsselrolle im Aufbau des zivilgesellschaftlichen Raumes zukommt und sie damit, logischerweise, zu wichtigen Akteuren der sozialen Transformation werden lässt.

Die Vereinigung als solidarwirtschaftlicher Akteur hat Geschichte.

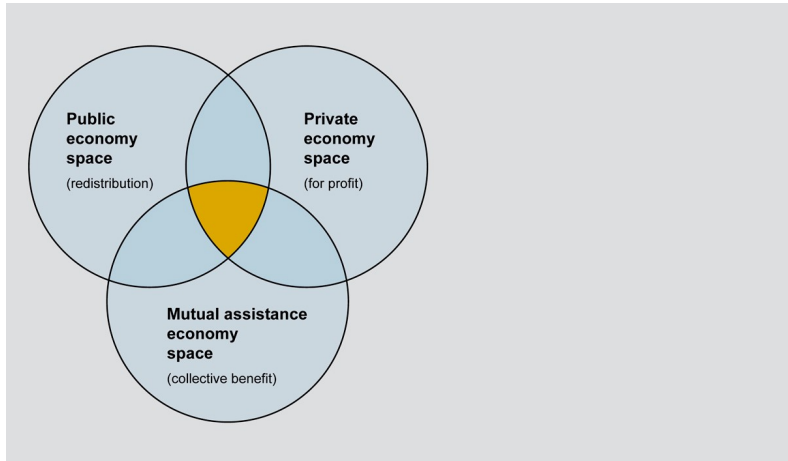
Die moderne Geschichte der Vereinigung in Bezug auf die Solidarwirtschaft findet ihre Ursprünge in den sozioökonomischen Umwälzungen des 19ten Jahrhunderts. Seit dieser Epoche wird klar dass, auf Basis der utilitaristischen Konzeptionen, die Marktwirtschaft und die Kapitalgesellschaften sich als alleinige, absolute Ordnung durchsetzen. Nur, diese ideologische aber auch reelle Oberhoheit welche einzig und allein auf die Marktmechanismen aufbaut, bringt es im Laufe der Geschichte nie fertig ihren Anspruch als ein friedensstiftendes und gerechtes Ordnungsmodell einzulösen. Im Gegenteil, Perioden der Verarmung und Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsteile sind zyklisch immer wieder auf der Tagesordnung.

Und genau in solchen Perioden sozialer Ungerechtigkeit tritt die Vereinigungsbewegung stark hervor und baut auf, auf den freiwilligen sozialen Zusammenhalt der Bürger als Prinzip der sozialen Organisation und Ordnung. Die Selbsthilfe wird so zur Essenz selbst dieses Prozesses und der soziale Zusammenhalt wird vor allem durch das Entwickeln sinnvoller und lebensnotwendiger ökonomischer Aktivitäten und der Formulierung politischer Forderungen gewährleistet.

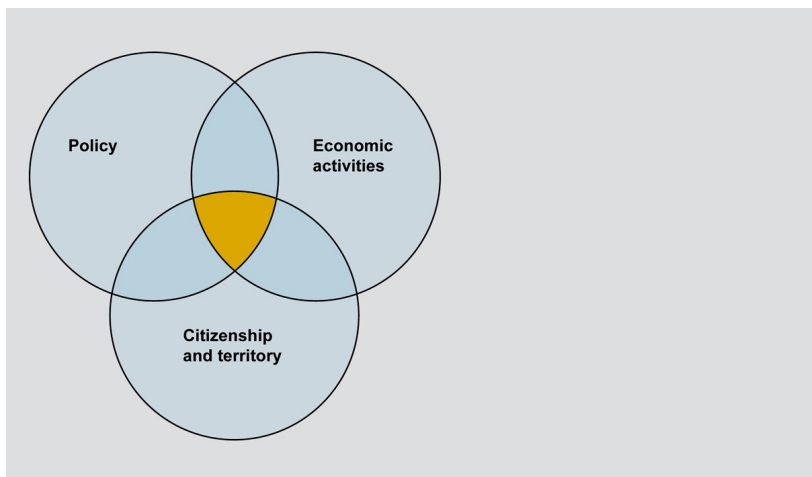
Diese Analyse zeigt aber auch dass die Vereinigungsbewegung immer wieder Gefahr läuft sich in weniger bewegten Zeiten, in denen die öffentliche Macht fast paradoxerweise auch mehr Autorität darstellt, sich Tendenzen einer eher philanthropischen Solidarität hinzugeben und dies dann auf Kosten ihrer ihr eigenen, ursprünglichen demokratischen Solidarität.

Das Dreigespann : Ökonomie, Territorium und Demokratie

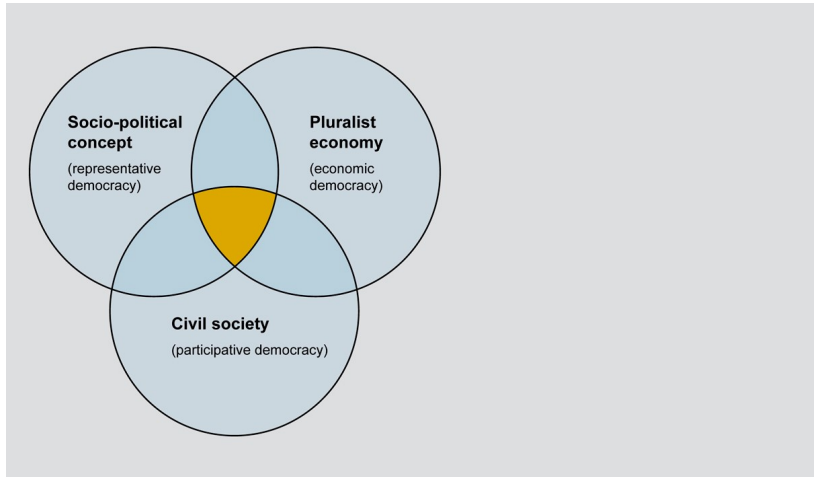
1) Ökonomie : Schaffung eines dritten « Raumes » in welchem Solidarwirtschaft stattfindet. Wirtschaft wird so zunehmend demokratisiert.



2) Territorium : Zivilgesellschaft und Gemeinwesen sind ein dritter Faktor zur gesellschaftspolitischen Entscheidungsfindung.



3) Demokratie : Nur wenn echte Demokratie in Politik und Wirtschaft herrscht, kann die organisierte Zivilgesellschaft sich zukunftsgestaltend einbringen.



2) Solidarwirtschaft, eine Herausforderung für die Wissenschaft.

Die Solidarwirtschaft braucht ihren eigenen wissenschaftlichen Korpus.

Die Frage ob die Solidarwirtschaft im wissenschaftlichen Sinne eine eigenständige Disziplin sein kann oder ob sie « nur » ein Objekt der Forschung ist wird in der heutigen internationalen Diskussion gestellt.

Ausgehend von den oben angeführten Illustrationen dürfte klar sein dass die Komplexität und Heterogenität der Fragestellungen es erlaubt von einer eigenständigen Disziplin sprechen zu können. Wenn zum Beispiel, im Bereich der Wirtschaftswissenschaft, Volks- und Betriebswirtschaft als eigenständige Disziplinen anerkannt werden, müsste die Solidarwirtschaft die notwendigen Kriterien ebenso erfüllen. Diese fundamentalwissenschaftliche Resonanz wäre von absoluter Notwendigkeit um sie vergleichend zu anderen Wirtschaftstheorien zu diskutieren und somit einen Paradigmenwechsel in Bezug auf unsere aktuelle (neoliberale) Doktrin des Wirtschaftens herbeizuführen zu können.

Aufbauend auf den ausgiebigen und reichlich vorhandenen Arbeiten zum Objekt, wäre es somit an der Zeit dass die Akademiker sich radikaler für einen solchen Schritt entscheiden würden. Doch trotz der Lehrgänge zur Solidarwirtschaft mit teilweise Masterabschlüssen an verschiedenen Universitäten oder Hochschulen und meistens lokalisiert in den Fakultäten für Sozialwissenschaften, kann man sich dem Eindruck nicht erwehren dass die Akademische Welt diesen Schritt scheut.

Einerseits hat das Objekt an sich sicherlich einen interdisziplinären Charakter und stellt vielleicht so die Frage nach den authentischen Protagonisten, aber andererseits könnte es doch auch so sein, dass die Forschung am Objekt eher als « unschuldig » durchgeht und dass man in der heutigen Zeit die « politische Korrektheit » verletzt indem man versucht diesen Forschungsarbeiten einen eigenen wissenschaftlich anerkannten Korpus zu verleihen.

Es ginge also im Fall der Einsetzung einer Disziplin « Solidarwirtschaft » fundamental darum dem politischen und ökonomischen Diktat die Akademische Freiheit entgegenzusetzen. Daraus ergibt sich aber auch die Notwendigkeit dass eine engere Zusammenarbeit von Akademikern, Projektmitarbeitern und der Zivilgesellschaft voraussetzen wäre und somit ein sich Öffnen der Universitäten und Hochschulen zur Praxis unumgebar würde. Neue Muster für ein « gemeinsames » Forschen und Lernen wären die Konsequenz.

Ansatzweise werden solche neuen Methoden schon in verschiedenen Ländern, vornehmlich wäre Brasilien zu nennen, erprobt und umgesetzt und führen auch schon zu probaten Resultaten. (z.B. die Universität Recife)

Angewandte Forschung findet tagtäglich in den Projekten statt.

Angewandte Forschung in den Projekten wird aus der Not geboren. Um in dem hostilem politisch-ökonomischen Umfeld, in dem Solidarwirtschaft entsteht, bestehen zu können und diese weiterzuentwickeln, sind die Akteure in den Projekten dazu gezwungen, sich in den verschiedenen Themenfeldern in denen sie Aktivitäten entwickeln die nötige « Forschungsarbeit » zu leisten, um ihren Visionen nachhaltige Gestalt aber auch Rechtsgültigkeit geben zu können. Im französischen Sprachgebrauch wird diese Herangehensweise mit dem Terminus « Recherche-action » umschrieben, welcher noch präziser diese Vorgehensweise umschreibt.

Wenn man erkennt dass das Umfeld hostile ist und man dennoch Versuche unternimmt aktiv und alternativ zu Gestalten, wissend auch dass man auf der einen Seite befriedet, indem gesellschaftliche Unzulänglichkeiten des bestehenden Systems auf diese Weise konstant « repariert » werden und auf der anderen Seite auch weiss dass man bekriegt, weil dieses System über diese akzeptierte Reparaturfunktion hinweg jedwede alternativgestalterischen Aktionen hinaus ablehnt und dafür die dem System innenwohnende Finanzierungsmechanik einsetzt, so wird klar dass man zumindest in einer Logik handeln muss, die man als « positive Subversivität » bezeichnen kann.

Diese Arbeitslogik der Projekte könnte man so grob in Form von zwei, ihnen eigenen und praktizierten fundamentalen Herangehensweisen, Forschungsanforderungen sowie strategischen Entwicklungspotentialen beschreiben : Erstens, die Definition der realen Bedürfnisse der Gesellschaft und zweitens, die Einbettung der daraus resultierenden

Ambitionen und Handlungsweisen in das allgemeingültige Rechtssystem, sowie dessen Adaptation.

An einigen konkreten Beispielen kann man aufzeigen dass diese Arbeitsweise der Projekte in allen Teilen der Welt in ähnlicher Weise stattfindet, weil sehr oft auch dieselben Themenbereiche behandelt werden und dies generell unabhängig vom politisch – ökonomischen Umfeld in dem sie agieren.

Erstens, bei der Definition zu den realen Bedürfnissen findet man durchweg die Notion « Lebensqualität » der Menschen wieder. Dies geht je nach Weltregion und Umfeld von Überleben bis zu sinnvoller und besser Leben und die Forschungsarbeit betrifft oft die Herausbildung neuer Indikatoren welche diesen angestrebten Zustand beschreiben aber auch messen können. Sie ist meist gekoppelt an Überlegungen welche sich anlehnen an die Arbeiten von Amartia Sen und beruft sich, im Gegensatz zur heute applizierten Bruttoinlandproduktmessung (BIP) die Wohlstand exklusiv auf Basis der Wirtschaftsleistung und des Prokopfeinkommens definiert, auf die so bezeichneten HDI (Human Development Index) Indikatoren wie Lebenserwartung, Bildungsniveau und demokratische Teilhabe. Sie geht ebenso einher mit den Ideen zu einer Nachhaltigen Entwicklung (Umwelt, Soziales und Ökonomie in Einklang bringen) unter Berufung auf die Appelle von Porto Allegre, der Agenda 21, usw..

Wichtig ist hier dass versucht wird diese globalen Ansätze meist lokal oder territorial in Form von ortsspezifisch sinnvollen Aktivitäten umzusetzen um so auf die realen Bedürfnisse der Menschen, aber vor allem auch auf deren Ambitionen, eingehen zu können. Diese Aktivitäten, in ihrer praktischen Ausführung, reichen von reziproken Bürgerdiensten über umweltrespektierende Produktion von Gütern und anderen Dienstleistungen bis zu alternativen Geld- und Finanzierungssystemen und dienen ausdrücklich dem sozialen Zusammenhalt der Gemeinschaft und grundsätzlich einer humanen Entwicklung des Gemeinwesens.

Letztendlich geht es darum, wie Patrick Viveret es beschreibt, dass zum Beispiel ein Autounfall mit allen Folgekosten in der heutigen Buchführung im Aktiva auftaucht und sehr viel zum Bruttoinlandprodukt beiträgt, wobei es sich aber im Grunde um eine Beeinträchtigung der Lebensqualität der Menschen handelt die sie sicherlich nicht reicher macht.

Zweitens ist der legale Rahmen in dem Solidarwirtschaft stattfinden soll ein überaus wichtiges Arbeitsfeld für die Akteure. Wie schon angeklungen baut unsere demokratische Ordnung auf auf einem System von Rechten und Pflichten aus welchem sich dann ein komplexes und gewachsenes Konstrukt aus Gesetzen und Verträgen ergibt.

Dieses heutige Rechtssystem und Vertragswesen ist durch politische Entscheidungen und Massnahmen grundlegend so ausgerichtet dass das Wohlergehen der Menschen und der Gesellschaft darauf aufbaut dass die (privat-)wirtschaftliche Leistung den Reichtum erschafft und somit erlaubt durch Umverteilung dieses Reichtums sozialen Missständen entgegenzuwirken. Das ist dann Sozialpolitik. Es ergibt sich daraus aber ein sehr ungesundes Abhängigkeitsverhältnis das es unmissverständlich zu bekämpfen gilt.

Hier geht es also grundsätzlich darum dass die Akteure der Solidarwirtschaft in ihrer Forschungsarbeit den Rahmen den ihnen die Sozialgesetzgebung vorgibt sprengen müssen um

sich somit von jedwedem Abhängigkeitsverhältnis gedanklich und praktisch frei machen zu können.

Dies heisst dass man nicht nach Lösungen für die Anerkennung der Solidarwirtschaft suchen soll indem man ein Gesetz im Rahmen der sozialpolitischen Dimension zu formulieren hat, sondern dass man die Ganzheit unserer rechtlichen Basis ins Auge fassen muss um an den verschiedensten Stellen « leichte » Änderungen vorzunehmen damit Solidarwirtschaft nicht Anerkennung findet sondern klar und deutlich entsteht und sich durchsetzen kann.

Konkrete Ansätze hierzu hat man zum Beispiel im Wirtschaftsrecht und dies in den Bereichen der Öffentlichen Ausschreibungen, welche als hervorragendes staatlich- demokratisches Steuerungsinstrument zu sehen sind, indem nicht nur der Preis zählen soll sondern auch ökologische und soziale Aspekte mit einbezogen werden müssen um so der Nachhaltigen Entwicklung Vorschub zu leisten. Oder auch im Unternehmensrecht sollte man sich klar und deutlich von den exklusiv kapitalistisch geführten Unternehmen abwenden und dem nichtgewinnorientierten Handeln und Wirken entsprechende Modelle entgegengesetzten und einführen. Ein anderes Feld der Aufarbeitung ist natürlich die Geld- und Finanzordnung die man nach gewissenhafteren Gesichtspunkten neu ausrichten sollte und welche sich in Form von lokalen Währungen oder weltumfassenden ethischen Finanzierungssystemen etablieren muss.

3) Solidarwirtschaft, ein gemeinsames Lernen: Zu Erziehung, Bildung und Ausbildung.

Erziehung, Bildung und Ausbildung sollten grundlegend so gestaltet sein dass der Mensch die kritische Fähigkeit erwirbt sein Leben, dies der Kollektivität in welcher er lebt sowie die Umsetzung seiner Ambitionen respektvoll und verantwortlich realisieren zu können. Dies geschieht heute weder im Elternhaus, noch in der Grundschule, noch an Hochschulen, oder auch im (Erwachsenen-) Berufsleben, da in all diesen Lebensphasen das Diktat der treibenden und der sich als Selbstzweck etablierten neoliberalen Wirtschaftsform der wir uns ergeben haben, omnipräsent ist.

Die Konsequenz ist somit, dass uns ein elementarer Baustein zu verantwortungsvollem Handeln abhanden gekommen ist: Die Möglichkeit der Wahl, ein demokratisches und freiheitliches Grundrecht.

Erziehung, Bildung « oder » Ausbildung ?

Stellen wir uns einmal vor, unsere Kinder hätten ein echtes Grundrecht zur Wahl ihrer Ausbildung. Wir riskierten morgen in einer anderen Welt zu leben!

Doch malen wir den Teufel nicht gleich an die Wand, es gibt genug sogenannte *garde-fous* die die Ambitionen unserer Kinder in geregelte Bahnen lenken. Die aktuell dominante neoliberale Doktrin hat schon dafür gesorgt, dass der Nährboden in Bezug auf die benötigte menschliche Arbeitskraft und der damit einhergehenden “persönlichen” Einstellung bereits in sehr jungen Jahren ausgiebigst zum Wohle dieser Doktrin kultiviert wird. Und wir sind alle

dabei, machen alle mit, als Eltern, Pädagogen, Politiker, Medien, Arbeitgeber. Zum Wohle unserer Kinder!

Sie sollen doch einen Beruf erlernen der sie später zumindest ernähren kann, der es ihnen ermöglicht, ein besseres Leben zu führen als wir. Ein besseres Leben? Was könnte das bedeuten? Sozialer Aufstieg, mehr Geld und damit mehr Anerkennung? Dies alles in einem System das uns nur allzu gut bekannt ist. Zu welchem wir alle nicht müde werden zu sagen, dass es sozial verantwortungslos ist, dass es unser natürliches Umfeld stark beeinträchtigt, dass es unser wirtschaftliches Handeln, welches beständiges Wachstum fordert, in eine Wahnsinnsspirale getrieben hat. Wenn wir diese Analyse auch nur im Ansatz gut heißen, besteht dann nicht die Gefahr, dass wir unsere Kinder in "Sozialdarwinismus" erziehen und ausbilden? Jeder für sich - und der Stärkere wird sich durchsetzen.

Erziehung und Ausbildung sind die ersten Wegweiser dafür, in welche Welt wir unsere Kinder morgen entlassen. Ihre Welt? Nein, bestimmt nicht. Es ist die Unsere, in welcher wir so viel zu bemängeln haben, vor deren "Mechanik" wir zum Teil kapituliert haben, da sie wie ein Selbstläufer Tag ein, Tag aus, unser Mitmachen einfordert. Wir folgen blindlings unseren antrainierten Wegweisern, jeder an seinem Platz. Der *homo oekonomikus* lässt grüssen, die Konkurrenz ist gewaltig und allgegenwärtig.

Vornehmlich in der uns so vertrauten Arbeitswelt handeln wir so, weil wir uns offensichtlich dazu berufen fühlen. Nur hatten wir die freie Entscheidung, um uns zu diesem oder jenem Beruf berufen zu fühlen. Gab es nicht Wegweiser, die uns eher in die eine oder andere Richtung geleitet haben? Sind wir nicht mit voranschreitendem Alter mehr und mehr darauf hingewiesen worden, dass man den Schoß der Familie irgendwann verlassen müsse und gezwungen sein wird, für sich selber zu sorgen? Hat nicht die Schule uns dasselbe gelehrt? Hat man uns dort nicht vermittelt, dass uns nach der Schule ein hartes Arbeitsleben bevorsteht und dass wir, je nach "Begabung", eher den einen oder den anderen Beruf anstreben sollten? Zumindest ist es so gewesen, dass Angebot, sprich Arbeitsplätze, und Nachfrage, sprich Arbeitnehmer, noch mehr oder weniger, numerisch vereinbar waren.

Und heute? Heute stimmen sogar diese Koordinaten nicht mehr. Das Phänomen der Arbeitslosigkeit, des Nicht-Gebraucht-Werdens, ist der empirische Beweis. Die "sanfte Selektion" die unsere Generation erfuhr, reicht in diesem Sinne heute nicht mehr aus. Die Schule wird somit immer mehr zu einer Institution welche die Hatz auf die Arbeitsplätze zu organisieren hat. Welche Arbeitsplätze das sind definiert, die Wirtschaft und Alle die, die sich kritiklos an ihrer selbsttreibenden, rein profitorientierten Entwicklung beteiligen. Die nicht hinterfragte Wirtschaft bestimmt aber eben nicht nur die Zahl der Arbeitsplätze, sondern bestimmt automatisch auch die Kompetenzen die sie braucht und somit die Art der Berufe die zu ihrer eigenen Weiterentwicklung erforderlich sind.

Per Definition dürfte man daraus schließen, dass die Vorgabe, in unserer "freiheitlichen Gesellschaft" können Kinder ihrer Berufung freien Lauf lassen, folglich ihren Beruf frei wählen und somit ihre Zukunft mit gestalten, eine Mähr ist. Wie steht es denn um das Konzept der nachhaltigen Entwicklung, fordert sie nicht ein Umdenken auch und vor allem in den Fragen der Erziehung und der Ausbildung ein? Natürlich tut sie das und natürlich wird dieses Konzept in der Schule thematisiert. Aber auch von den Eltern, den Politikern, den Medien und *last but not least* auch ausdrücklich von der Wirtschaft.

Aber stellen alle die erwähnten Institutionen dabei ihr aktuelles Handeln in Frage? Vordergründig, noch einmal, ja! Denn Eltern halten ihre Kinder dazu an, Müll zu trennen, Pädagogen werden nicht müde, den Kindern den drohenden Klimawechsel zu erklären, Politiker erfinden neue Besteuerungs- und Repressionssysteme um Umweltbelastung und andere parasitäre Elemente zu strafen, Medien berichten kritisch und ausgiebig über die Folgen des letzten Tsunami und die Wirtschaft, sie haut uns ihre neuesten Konzepte zur sozialen und ökologischen Verantwortung nur so um die Ohren. Und dennoch, der Druck auf die Menschen in unserer Gesellschaft scheint nicht abzunehmen. Im Gegenteil, zum "Fordern" in Bezug auf das wirtschaftliche Überleben jedes Einzelnen, kommt der Druck auf sein verantwortungsvolles nachhaltiges Handeln.

Wir leben also in einer Zeit in welcher wir unseren Kindern erklären sollen, dass auf der einen Seite ein kapitalistisch organisiertes Wirtschaftssystem von ihnen verlangt, dass sie nur eine Chance haben darin zu überleben, wenn sie die Funktionsweise der Gier und der Rücksichtslosigkeit verinnerlichen können und auf der anderen Seite versuchen wir sie dazu anzuhalten, ein Verständnis sowie verschiedene Automatismen zu entwickeln, die einen gewissenhaften Umgang mit unserer Lebenswelt bedeuten, und dazu führen soll, dass sie in Zukunft die Chance haben in einer intakten Welt zu leben.

Diese Gegensätzlichkeit in unserer gesamtgesellschaftlichen Lebensführung ist schlicht und einfach verlogen und erschüttert zumindest nachhaltig das Vertrauen der Heranwachsenden in eben unsere Institutionen. Stehen wir also wiederum vor einer Krise der Institutionen? Wie etwa vor 40 Jahren als die Menschen sich gegen eine verkrustete konservative Gesellschaftsordnung auflehnten in welcher Autorität und andere nicht hinterfragten Zwänge, unter der Fuchtel des Honoratiorentums, das Leben in der Gesellschaft regelten? Wer sind denn dann heute die neuen Honoratioren? Sind es nur die Wirtschaftsbesitzer und Organisationen wie WHO oder IWF? Oder zählen wir alle dazu?

Es mag ja sein, dass diese Krisen der Institutionen zyklisch sind und mit dem Fortschritt periodisch gesamtgesellschaftliche Infragestellungen neue Antworten suchen. Vor 40 Jahren lehnte sich zuallererst die Jugend gegen die damals existierenden gesellschaftlichen Zustände auf. Ist es dadurch besser geworden?

Wenn die übergroße Mehrheit der Berufstätigen nun aber aussagen würde, dass es schwierig für sie ist, ihren Beruf und den Sinn des Lebens miteinander in Einklang zu bringen, dann sollte man über Erziehung, Ausbildung und BERUFung nachdenken und vielleicht erkennen, dass im Sinne nachhaltiger Entwicklung in Zukunft andere Berufe erfordert sind als die Wirtschaft sie heute ohne Wenn und Aber fordert. Ohne den Fortschritt in keinsten Weise in Frage zu stellen, sondern ihn als Chance begreifend, sollten wir unsere Kinder darüber entscheiden lassen, welcher Berufung sie nachzugehen gedenken und dafür sorgen dass der ethische, genauso wie der anerkennende Wert ihrer zukünftigen Arbeit einen angemessenen Rahmen finden kann.

Die Volksbildung : ein gemeinschaftliches Lernen, ein sich Weiterbilden, vor allem eine kollektive gestalterische Kraft.

Die Nachhaltige Entwicklung zwingt uns somit zu einem Umdenken in Bezug auf die Aktion der verschiedenen institutionellen Protagonisten des Lernens. Wenn das kritische Hinterfragen hier nicht zu den prioritären Lernstoffen zählt, dürfte man als quasi « ausserkonstitutionnelle » Initiative die Idee einer Institution, welche den Bürgern die Möglichkeit

gibt sich kritisch mit der Welt in der sie leben auseinandersetzen zu können, wieder verstärkt aufgreifen. In diesem Sinne wäre es durchaus sinnvoll sich auf die Konzepte der Volksbildungsvereine oder der Volks-oder kritischen Universitäten zu berufen.

Bei allen diesen Bestrebungen seit Mitte des 19ten Jahrhunderts und ob sie eher liberaler, sozialistischer oder kirchlicher Natur waren, ging es fundamental darum den Menschen die Möglichkeit zu geben sich weiterhin Wissen anzueignen und dieses Wissen auch besprechen zu können. Sie vermochten ganz sicher diese Menschen zu verantwortungsvolleren Bürgern zu machen und ihnen damit die Möglichkeit zu geben sich besser in ihrem gegebenen Umfeld zu bewegen

Die Frage ist demgemäss erlaubt ob und inwiefern diese Konzepte sich auf den Menschen, den Bürger, als ein zusätzliches Element des gestaltenden, auch gesellschaftlichen, Wandels ausprägen konnten.

Paulo Freire, einer der Väter dieser Bewegung, beschreibt Wissensvermittlung im klassischen Sinne der Schule zum einen als “the banking concept of education”, wo es vornehmlich die Aufgabe des Lehrers ist die Köpfe der Schüler mit Inhalten seiner Übermittlung zu füllen, losgelöst von der Wirklichkeit und ohne eine Verbindung zu einem grösseren Ganzen, das sie ins Leben rief und ihnen Bedeutung verleihen könnte. Ausser dass diese Inhalte später “abrufbereit” sind, sagt Freire dass sie die Schüler passiv macht und sie die scheinbare Realität der ihnen präsentierten Welt nicht lernen zu hinterfragen.

Als Alternative dazu entwickelt er das “problem-posing concept of education”, welches den Menschen erlauben soll die Welt nicht als statische Wirklichkeit zu erleben, sondern lernen die Wirklichkeit als Prozess zu erfahren. Dies indem der Schüler-Lehrer- Widerspruch aufgehoben wird und den Menschen die Möglichkeit geboten wird in Form von problemformulierender Bildung die Kraft zu entwickeln die Welt in der sie leben kritisch zu erfassen.

Freire zeigt auch ansatzweise auf dass in einem solchen Dialog-konzept die theoretische Reflexion nach Aktion verlangt. Für die Praxis des Menschen bedeutet dies dass ein optimaler Unterricht beide Elemente in einem ausgewogenen Verhältnis beinhalten muss.

Diese Einschätzung sollte man absolut teilen, sie fördert in ihrer Dualität bestimmt, wie Freire es beschreibt, die Bewusstseinsbildung und damit auch die Autonomie “des Menschen”, also des Individuums. Dies fördert natürlich seine Kommunikationsfähigkeit und erlaubt ihm eine stärkere Interaktion mit anderen. Der Gedanke sollte aber doch durch eine neue Dimension erweitert werden, nämlich den der kollektiven Aktion in Verbindung zum Territorium als natürliches, aber auch sozio-politisches und ökonomisches unmittelbares Umfeld des Menschen.

Wenn man den Gedanken Freires, betreffend die Förderung der Kommunikationsfähigkeit der Menschen aktuelle Bedeutung in Bezug auf unsere moderne Wissens-und Kommunikationsgesellschaft beimisst, so kann man daraus schliessen dass durch die weltweite Vernetzung der Information und des Wissens (Internet) wohl wiederum der Einzelne Bürger sich bilden kann, dass aber damit nicht gewährleistet ist dass er als Einzelner einen unmittelbaren Einfluss auf seine soziale Umgebung nehmen kann.

Bürgerpartizipation als fortschrittliche Bewegung und somit die Zivilgesellschaft, müsste in diesem neuen, modernen und globalen Kontext demnach auch neu lernen sich, im Sinne der Aktion, bewegen zu können.

Eine lernbereite und für positive gesellschaftliche Veränderungen stehende Zivilgesellschaft müsste auf der Basis eines global zur Verfügung stehenden Wissens und des Erkennens ihrer in Ihrer Vielfalt existierenden Zivilgesellschaften, aber auch deren vielfältiger Ambitionen, davon ausgehen können dass die Aktion ganz eng mit ihrer territorialen Verbundenheit zu tun hat und ein Lokal-kollektives und vernetztes Handeln erfordert.

Von den sozialen Professionen zu “agents of change”.

Aus der oben genannten Erkenntnis heraus muss man auch die sozialen Wissenschaften und Professionen kritisch hinterfragen. Es erweist sich heute als Dilemma, dass vor allem eine Art der Gewissheit ihnen Autorität verleiht, ihrer Art des Arbeitens dadurch auch Legitimität verleiht, ihre Arbeit aber eher nach einer Haltung des Verstehens von vielschichtiger Unsicherheit, in welcher der Zweifel als gemeine Basis Allgemeingültigkeit hätte, verlangen würde.

Dieses Dilemma der Sozialwissenschaften und Professionen ist sicherlich von geringerer Hinderlichkeit hinsichtlich ihrer Ambition des Verstehens und der Analyse des universalen Verständnisses humaner oder gesellschaftlicher Herausforderungen und Zusammenhänge, als in ihrer Ambition, situationsnah, diesen Umständen mit Lösungen zu begegnen in der sie traditionsgemäß mit Hilfestellungen und Betreuung agiert. Interpretativ beziehungsweise auf die Hegelsche reziproke Anerkennungstheorie, gilt dies umso mehr als auch diese Form der Aktion einen sehr humanen und altruistischen Charakter für sich reklamiert.

Soziale Wissenschaften auf Distanz zum Menschen.

Was nun den ersten Teil betrifft, das Verstehen und die Analyse, so kann man rudimentär zusammenfassend feststellen dass in Bezug auf die verschiedenen Schulen in diesem Bereich ein gemeinsamer Nenner zurückzubehalten wäre, nämlich der generelle Umstand der Berücksichtigung des Individuums, seiner Rolle im Kollektiv und damit der hieraus resultierende Impact der Verhaltensweisen auf das (Nicht-)Funktionieren unserer Gesellschaften.

Dieser Auftrag des Verstehens und der Analyse des Individuums und der sozialen Gruppen führt aber im Allgemeinen zu oft zu einer Arbeit des Beobachtens und die hieraus resultierenden Schlussfolgerungen weichen so dezidierten Stellungnahmen in Bezug auf reale Situationen in denen sich ein Individuum oder ein Kollektiv befinden kann, aus. Diese Art zu arbeiten verlangt denn auch fast ausschliesslich nach Distanz und vernachlässigt allzusehr das Engagement und damit auch die Risiken in Bezug auf die Interpretation und eventuelle Handlung welche durch Zweifel und Teilhabe doch ein wesentlicher Bestandteil des Verstehens und der Analyse wären.

So gesehen sind diese spezifischen konfliktiven Umstände eine der Hauptursachen für das Dilemma. Die hier beschriebene Herangehensweise auf Distanz bringt mit sich dass man menschliches oder kollektives Verhalten und Handeln in Sparten aufteilt, die es idealerweise zu kategorisieren gilt, um so allgemeingültige Schlüsse in Bezug auf spezifische Situationen, das Gemeinwesen betreffend, ziehen zu können.

Indem man aber solche „Verhaltens- und Handlungssparten“ als konstitutive Bausteine in das Individuum oder das Kollektiv hineinprojiziert erschafft man genormte „Patchworkmenschen (-Kollektive)“ und gerät dabei in Gefahr das Individuum oder das Kollektiv fragmentisch zu korrigieren damit es in das Gemeinwesen passt, anstatt zu erkennen dass durch fehlerhafte Ko-konstruktion und Zweifel an der Aktion eigentlich erst ein, auf Reziprozität aufgebautes Gemeinwesen der permanenten „organischen“ Transformation, entstehen kann. Dem Individuum oder dem Kollektiv wird so in der Tat die Ganzheitlichkeit seiner Verantwortung entzogen und er, es, wird sich demnach keine begreifende und übergeordnete Verantwortung für das soziale Gefüge in dem er, es, evoluiert, aneignen können.

Der Beitrag des Beobachters entpuppt sich somit als eine Arbeit die sich auf das Verhalten der Individuen in einem bestimmten und bestehenden System fixiert, hiermit aber verhindert dass gegebenenfalls eine profunde und erfahrene Ursache-Wirkungsanalyse stattfinden kann, die es dem Individuum erlaubt ein wirksamer Interventionsfaktor zu sein und ihm somit die Fakultät die zur Veränderung des Systems selbst führen kann, versperrt.

Wenn man aber davon ausgeht dass das Individuum Ko-Konstruktor seines Gemeinwesens ist so fällt ihm logischerweise die Rolle des Gestalters zu und er erwirbt somit gleichermassen das Recht der Intervention.

Rückschliessend müsste dies bedeuten dass die Sozialen Wissenschaften sich ihrer Verantwortung und Einmischung in Bezug auf den Aspekt der Systemveränderung stärker bewusst werden sollten und durch entsprechende, anzubietende Handlungsoptionen dazu beitragen könnten neue Inhalte in den Kontext Sozialer Professionen einzubringen welche, aufbauend auf dieser Forschungsarbeit, neue Ansätze zur Intervention in Bezug auf Mensch und Umfeld erlauben.

Der Aspekt der Systemveränderung würde aber auch verlangen dass die Forschung den Faktor der Imperfektion des emotional handelnden und zweifelnden Individuums stärker als einen konstruktiven Beitrag behandeln würde, ansonsten man nicht um die Feststellung herumkommt dass die Sozialen Wissenschaften heute allzu stark im von Erich Fromm beschriebenen Spannungsfeld von „Haben oder Sein“ in ihrer Arbeit zum Haben, im Sinne eben auch der Gewissheit, tendieren und somit Mitverantwortung tragen an derzeitigen sozio-ökonomischen Umständen die eher einen ausschliessenden als integrativen Charakter haben.

Soziale Professionen als reziprokes Gestaltungsinstrument.

In der Regel arbeiten die Ausführenden in den sozialen Professionen in einem von der Wissenschaft beschriebenen Kontext welcher recht exklusiv und auf erdrückende Weise eine Auswahl an Fehlverhaltensmustern der Individuen zum Ausgangspunkt nimmt, damit ein Postulat der Gewissheit schafft und hieraus ein Handwerkszeug definiert und zur Verfügung stellt welches grosso modo nur eine autoritäre Gesinnung der Intervention zulässt. Dieser Umstand bedeutet aber für den Ausführenden, wie auch für die Zielperson oder die Zielgruppe, dass sich ein absolut ungleiches Sender-Empfängerverhältnis einstellt, da durch Deduktion nur eine der beiden Parteien im Besitz der Gewissheit sein kann und dadurch jedwege Art einer emanzipierten Reziprozität im Suchen nach Lösungsansätzen und Gestaltungsmöglichkeiten von vorneherein extrem behindert wird.

Somit wird klar dass dieses „Handwerkzeug der Gewissheit“, nicht den Sender noch den Empfänger zufriedenstellen kann. Im Gegenteil dieser Umstand bewirkt dass die Notion des (Selbst-)Mitleids als Verstärker aber auch als Ware in die Sender-Empfänger Beziehung einfließt und faktisch als gegenseitiges Zahlungsmittel für den Tausch mit der Gegenware „Gewissheit“ erhalten muss. Die Beziehung, welche in ihrer Essenz im Bereich des gegenseitigen Verstehens und gemeinsamen Gestaltens, also im Paradigma des Seins, angesiedelt ist wird somit zu einer quasi ökonomischen Relation und findet effektiv im Paradigma des Habens statt.

Ein solche Handhabung die einer Selbsttäuschung gleichkommen kann, erklärt sich auch daraus dass man es sich angewöhnt hat auch soziale Arbeit, welche zu einem bestimmten Moment in einem bestimmten Umfeld geleistet worden ist, sofort messen zu müssen und dafür im Paradigma des Habens sehr wohl vertrautere Instrumente und Schemata zur Verfügung hat um verifizierbare und ergebnisorientierte Arbeit solchermaßen angehen zu können um sie damit gleichfalls zu legitimieren.

Die Opportunitäten der individuellen und kollektiven Neugestaltung der gesellschaftlichen Transformation durch das emanzipierte und reformbereite Individuum und im Zuge dessen seine eigene womöglich verbesserte Lebenssituation, können somit nicht zum Tragen kommen.

Die selbstaufgelegte Quasineutralität die das Gespann „Gewissheit-Haben“ in Bezug auf die bestehende Ordnung darstellt verhindert eben dass die ganzheitliche Verantwortung des Individuums gegenüber seinem Umfeld gefordert wird und dadurch der multidimensionalen Veränderung im Geiste eines „Sein-Zweifel“ Gespanns strikte Grenzen gesetzt wird.

So ist man im Grunde sehr weit entfernt von einer mutuellen Verständigung im Sinne einer „problem-solving“ Lern- und Gestaltungsstrategie. Die angewandten Konzepte der Gewissheit führen im Endeffekt eher zum Resultat dass der Ausführende im Bereich der Sozialarbeit mit Instrumentarien des Seinuniversums auf seinen Gegenüber einwirkt um es ihm zu ermöglichen im Universum des Habens besser zurechtzukommen und sein eventuelles Selbstmitleid in für ihn erträgliche, das System nicht störende Bahnen zu lenken.

Hierdurch wird offensichtlich dass die Sozialwissenschaft- und Arbeit sich die Frage stellen muss ob sie weiter vornehmlich den Wegen folgt die auf die Veränderung des Verhaltens des Individuums in einem gegebenen Ordnungsrahmen abzielen oder ob sie verstärkt die individuelle Kraft der Leidenschaft und des Zweifelns, eben auch an diesem Ordnungsrahmen, fördert damit die gleichberechtigte Diskussion und Gestaltung Teil sein kann die Möglichkeiten der positiven gesellschaftlichen Transformation in Zukunft auf sozialer, ökologischer und ökonomischer Ebene nachhaltig zu ko-konstruieren.

So würde Sozialarbeit zu einer realen und integrativen Kraft (empowerment) in Bezug auf demokratische Teilhabe und gesellschaftliche Veränderungsprozesse werden.

4) Solidarwirtschaft, eine Infragestellung von Politik und Wirtschaft.

Politik und soziale Verantwortung.

Was ist Sozialpolitik der Moderne?

Eintretend in das 21. Jahrhundert befinden wir uns sicherlich, zumal wir eine schwerwiegende Finanz- und Wirtschaftskrise zu bewältigen haben, vor einer in diesem Moment nicht zu verpassenden Möglichkeit der Wahl in Bezug auf eine Neugestaltung unserer wirtschaftlichen und sozialen Ordnung.

Das Neoliberale Modell, welches sich mit seinem Gedankengut seit über 40 Jahren immer dominanter in alle unsere Lebensbereiche eingeschlichen hat stößt heute an seine Grenzen. Es hat vor allem seine zerstörerische Kraft gezeigt indem es jedwede Form der sozialen Kohäsion und der Solidarität unter den Menschen immer stärker dekonstruieren konnte.

Massif, oft aber auch heuchlerisch, sind heute die Appelle von Verantwortung tragenden Persönlichkeiten die ein Umdenken einfordern, die davor warnen jetzt wieder in eine „jeder für sich“ Mentalität zurückzufallen, sondern dass in Zukunft Wirtschaft wieder dem Menschen dienen muss, dass man neu aufbauen muss, aber auf den Grundsätzen der Humanität und der Solidarität.

Bietet sich hiermit wirklich die Gelegenheit zum Umdenken? Ist der Ansatz der Nachhaltigen Entwicklung, der (zu) oft bemüht wird, stark genug um eine solche Transformation effektiv zu stützen? Ist ein allgemeiner gesellschaftlicher Konsens in diesen Fragen möglich und kann so Solidarität zur Grundlage für eine neue Gesellschaftsordnung werden?

Um diese Fragen zu beantworten ist es nützlich sich intensiver mit dem Begriff der Solidarität in seiner neueren Geschichte zu befassen und dies explizit im Wechselspiel mit der jeweils dominanten europäischen Wirtschafts- und Sozialordnung.

Jean-Louis Laville verweist in diesem Zusammenhang auf drei zu erwägende und zu unterscheidende Epochen in der Neuzeit.

Erstens, wird im Laufe des 19. Jahrhunderts mit der Einsetzung der modernen Demokratien das Prinzip der (Staats-)Bürgerschaft zur Grundlage woraus sich vor allem auch der Schutz der individuellen Freiheit als wesentlicher Faktor herauschält. Aber, damit einhergehend auch die Freiheit sich zivilgesellschaftlich zu organisieren ebenso wie die Möglichkeit gemeinschaftlich, auch gewerblich, tätig zu werden. Aus diesem Blickwinkel heraus ist der Begriff Solidarität der Ausgangspunkt der es erlaubt Formen der Selbstorganisation hervorzubringen welche soziale Relationen in Verbindung mit Know-How auf eine Stufe setzen und so eine Symbiose aus demokratischen Ambitionen und sozial-ökonomischen Bestrebungen beinhaltet.

Zweitens, sieht man Ende des 19. Jahrhunderts, im Zuge der Entstehung der Nationalstaaten, deren nationaler Reichtum sich exklusiv auf das Modell der Marktwirtschaft

aufbaut, wie die Notion der Solidarität immer mehr zu einem philanthropischen, nach Mitleid verlangendem und gelebten Begriff reduziert wird, welcher in seiner Konsequenz Ungerechtigkeit und Ungleichheit zulässt und schlussendlich eine Verwaltung der Armut erlaubt und legitimiert.

Drittens, entsteht nach dem zweiten Weltkrieg das perfektionierte Modell einer „Sozialen Marktwirtschaft“ wie wir es heute kennen, das heisst, auf der einen Seite dem Markt als Erschaffer des Reichtums und auf der anderen Seite die Öffentliche Hand als staatlicher Umverteiler. Hieraus kann man eventuell ableiten dass durch dieses Zusammenspiel die Solidarität in den Rang eines „Rechts“ erhoben wurde, dass aber Zugleich dieses Modell eines Wohlfahrtsstaates an seine Grenzen stösst weil es ausschliesslich auf der Idee aufbaut, dass Solidarität nur durch Gewinnabschöpfung vom Wirtschafts- und Marktwachstum stattfinden kann.

Vor diesem historischen Hintergrund muss man sich somit die Frage stellen ob man dieses heutige System so weiterhin aufrechterhalten will, wobei wir dann sehr stark riskieren in die zweite, philanthropische, Armut erlaubende Epoche der Solidarität zurückzufallen, oder ob wir die Fähigkeit entwickeln können, aufbauend auf dem Existenten, zurückzufinden zu den Plattformen der ersten Epoche und demokratisch-ökonomisch emanzipierende Elemente in unsere Reflexionen und Projektionen einfliessen lassen müssen.

Diese Inhalte dürften jedenfalls dazu dienen, den Auftrag den sich die weltweite Solidarwirtschaftsbewegung gegeben hat in einem historisch-plastischen Kontext erfassen zu können und ihr so eine demokratische, politische und ökonomische Legitimität in ihrer Reflexion und ihrer Aktion verleihen dürfen.

Wie sieht die aktuell favorisierte „selektive“ Sozialpolitik aus?

Selektive Sozialpolitik beinhaltet in ihrer Definition das Erkennen und die Trennung von Zuständen, also auch die Zulassung von Extremen, welche sich auf die Gesellschaft bezogen in Begriffen wie Arm und Reich verdeutlichen lassen.

Im Grunde genommen ist die selektive Vorgehensweise ein klassisches Mittel konservativer Politstrategien und man kann sicher die römische Maxime „Divide et Impera“ bemühen um das heutige taktische Vorgehen der verantwortlichen Politiker sogenannter staatstragender Parteien zu umschreiben.

Selten sind die Beispiele geworden an denen sich programmatische Unterschiede in gesellschaftspolitischen Themen zwischen konservativen und progressiven Parteien ausmachen lassen würden.

Die in Europa aktuell geführte Debatte zur Euthanasie wäre so ein Thema und kann stattfinden weil sie natürlich auch spaltet und polarisiert, aber vielleicht doch eher als Nebenschaukampfplatz erhalten muss um von anderen (über-) lebenswichtigen, die aktuelle sozio-ökonomische Politik betreffenden, Fragestellungen abzulenken.

Eine erste Frage dazu wäre was denn spezifisch gesellschaftspolitische Themen sind und was diese von anderen Themen unterscheidet?

Leben und Tod werden als gesellschaftspolitisches Thema definiert. Es geht alle Menschen etwas an. Die Trennung von Kirche und Staat ist beispielsweise ein anderes solches Thema.

Es heisst dass solche Themen die Fragen nach dem zukünftigen Zusammenleben in unserer Gesellschaft stellen und auf welche Werte wir uns berufen um der Politik die Möglichkeit zu geben im besten demokratischen Sinne gestalterisch der Allgemeinheit zu dienen.

Ohne jetzt unbedingt Machiavell bemühen zu wollen, aber wie steht es mit dem "Überleben"? Ist dies auch ein gesellschaftspolitisches Thema?

Nicht unbedingt, denn hier sagt uns die Politik, ob konservativ oder progressiv, dass wir differenziert an das Thema herangehen müssen. Die vornehmlich philosophische Wertediskussion tritt somit oft in den Hintergrund und wird ersetzt durch eine Reihe realpolitischer und folglich sektorieller Debatten.

Was braucht eine Gesellschaft und die darin lebenden Menschen zum Überleben? Um nur einige wichtige Faktoren zu nennen: Sicherheit brauchen sie, Arbeit, eine gut funktionierende Wirtschaft (Wachstum vor allem?), ein ordentliches Schulsystem, eine optimale gesundheitliche Versorgung, ein unbestechliches Rechtssystem und eine intakte Umwelt. Aber dann auch und vor allem, ein solidarisches Miteinander.

Ist Solidarität somit ein gesellschaftspolitisches Thema?

Oft wird der soziale Zusammenhalt, und das ist die Solidarität der Menschen untereinander, in unserer Gesellschaft als ein absolut vorrangiges Ziel politischer Arbeit dargestellt. Nur, welcher Politikbereich wäre denn dafür zuständig, wenn nicht alle?

Es ist aber praktisch eher so dass man dieses Thema an Ministerien vergibt die recht präzise Aufgaben wahrnehmen sollen, wie vorrangig das Ministerium für Gesundheit und Soziale Sicherheit, das Familien- und Integrationsministerium oder auch das Arbeits- und Beschäftigungsministerium.

Sie regeln vor allem das Umverteilen des erwirtschafteten Reichtums für dessen zustandekommen andere Ministerien die Rahmenbedingungen schaffen.

Bezugnehmend auf das System der „dritten Epoche der Solidarität“ geschah diese Umverteilungspolitik mehr oder weniger indem man verschiedenartige Bedarfe in der Bevölkerung ausmachen konnte und diese auch in diesem Sinne kollektiv zufrieden zu stellen versuchte. Ob das nun die Alterssicherungs- und Krankenkassensysteme sind, die Regelung der Arbeitsverhältnisse, wie auch andere sozialen Hilfsleistungen.

Jetzt nun werden diese spezifischen für die Umverteilung zuständigen Ministerien damit beauftragt selektiver an ihre Aufgaben heranzugehen. Der Grund: Die Mittel zum Umverteilen reichen nicht mehr. Dies alles vor dem Hintergrund einer doch noch immer ständig expandierenden Wirtschaftsleistung, also auf der Basis eines nie dagewesenen Reichtums in unserer Gesellschaft.

Dieses selektive Vorgehen und die damit einhergehende Parzellierung der Verantwortlichkeiten erinnert an einen längst überwundenen Taylorismus der

Arbeitsorganisation in der Industriegesellschaft. Dabei versucht die Politik uns ständig klarzumachen dass wir an der Schwelle zur Wissensgesellschaft stehen und wir dabei sind die Ziele der Lissabonstrategie umzusetzen. Ein totaler Widerspruch!

Eines wird dabei auch klar, die programmatischen Entwürfe der Parteien, ob konservativ oder progressiv, unterliegen immer mehr dieser überholten technokratischen Herangehensweise und die politische "Mitte" entpuppt sich als Spielwiese für die Preisgabe von politischer Verantwortung.

Was dabei vornehmlich für das Individuum herauskommt ist ein Abgesang an das gesellschaftspolitische Thema Solidarität. Aus bislang allgemeingültigen "Rechten" der Bürger werden schleichend individuelle "Ansprüche" eines jeden.

Bearbeiten müssen diesen immer aufwendiger werdenden Apparat Verwaltungen mit sehr spezifischen Aufträgen, Kompetenzen und, ergo, Macht, da sie ja vornehmlich auf individuelle Begehren reagieren können und immer weniger mit kollektiven Ansprüchen konfrontiert werden.

Dies heisst im Klartext dass sich die Politik nicht nur ihrer gestalterischen Verantwortung entzieht sondern zunehmend auch ihrer Verantwortung in der Rolle des Wächters über die öffentlichen Institutionen und Verwaltungen.

Wirtschaft und soziale Verantwortung.

Die Produktion von Gütern und Dienstleistungen kann zum Teil von einzelnen Personen geleistet werden, sie wird aber in der Regel, wenn man die Komplexität der Herstellung dieser „Waren“ in Betracht zieht, von Kollektiven geleistet. Diese Kollektive formen so den Betrieb.

Im heutigen pervertierten kapitalistischen System ist aber nicht die Hauptaufgabe eines Betriebes die Herstellung von Gütern und Dienstleistungen die der Allgemeinheit nützen würden, nein, sie ist ausdrücklich Mittel zum Zweck geworden um einen finanziellen Gewinn zu erzielen.

Vor dem Hintergrund der allgemein akzeptierten notwendigen gesellschaftlichen Transformationen in Bezug auf die Nachhaltige Entwicklung, dürfte man annehmen dass die Betriebe ihre Aufgaben jetzt neu überdenken müssten. Dies scheint auch vordergründig der Fall zu sein zieht man die grossangelegten medialen Kampagnen, vornehmlich der Multis, in Betracht welche mit der Zauberformel der „Sozialen Verantwortung der Unternehmen“ ihre Nachhaltigen Ambitionen publikumswirksam zu Markte führen.

Werden wir getäuscht? Wir sollten dieser Frage nachgehen und einige grundlegende Fakten dazu in Betracht ziehen.

Menschen für das Überleben der Betriebe.

Wenn seit einiger Zeit und im Zuge der Globalisierung die zivilgesellschaftliche Frage und folglich die politische Forderung nach der sozialen Verantwortung der Betriebe gestellt wurde, so heisst dies dass diese Sorge die privatwirtschaftlichen Unternehmen wir wir sie heute kennen nicht interessierte und somit inexistent war.

Im Allgemeinen hatten die Unternehmen sich daran gewöhnt dass ihre Daseinsberechtigung darin bestand ausschliesslich darauf hinzuarbeiten einen finanziellen Profit zu erwirtschaften der ihre Shareholders zufrieden stellt, dies in einem spekulativen Universum wo das Primat des Angebots auf die Nachfrage gilt, wo die Arbeitskraft zur Ware wird und damit schlussendlich zu einem variablen Ausgleichsfaktor und wo vornehmlich der endogene Charakter der Produktion und der Produkte verwischt wird durch eine fortwährende Redefinition des zu erwägenden und zu besetzenden Raumes (Territorial, National, International und Global).

Wenn diese Faktoren die einzigen Attribute sind die ein Unternehmen ausmachen so muss man feststellen dass man sich wohl einem natürlich rational operierenden Objekt gegenüber sieht, welches aber kaum noch dazu fähig ist seine ursprüngliche Aufgabe zu erfüllen, nämlich als einem Objekt in dem kollektiv für die Befriedigung der realen Bedürfnisse der Menschen produziert werden kann.

Hieraus geht hervor dass es der originäre Sinn eines Unternehmens wäre sich in den Dienst des Menschen zu stellen. Und nicht umgekehrt wie dies heute der Fall ist indem es, wie wir gesehen haben, zu einem Mastodonten mutiert hat der um zu existieren, sich die Menschen auf grausame Weise zu seinen Diensten macht.

Auf diese Weise ist das Unternehmen dazu prädestiniert sich als eigenständige Finalität zu begreifen, dessen Eigenleben die Berechtigung zu seiner Existenz ist und es befähigt sich im Kampf mit analogen Elementen in einem so entstandenen hostilem Kosmos zu behaupten.

Trotz diesen allgemein erkannten Umständen sind uns die Mechanismen die diesen Kosmos regeln sehr vertraut geworden und wir haben sie, so scheint es, als Fatalitäten verinnerlicht. Diese Mechanismen sind die Konkurrenz, das Wachstum, die Leistungsfähigkeit, die Rationalisierung oder auch die Delokalisierung, um nur einige zu nennen.

Dies Alles findet also statt um das Überleben des Unternehmens zu garantieren, aber wie sieht es dann mit der Frage nach dem Überleben des Menschen aus. Man kommt somit nicht umhin festzustellen dass im Namen des Überlebens des Unternehmens das Überleben von Menschen geopfert werden muss.

Die vielbeschworene Soziale Verantwortung der Unternehmen an sich wird somit zu einer Farce und ist eine Unlogik in sich selbst da eine anonyme, abstrakte und indifferente Wesenheit wie das Unternehmen keine humanoiden und edelmütigen Verhaltensmuster eigenständig entwickeln kann. Hier wird damit klar dass es in diesem Kontext doch viel eher um die Soziale Verantwortung der Unternehmer gehen dürfte.

Betriebe für das Überleben der Menschen.

Es geht also darum ein ursprüngliches Verhältnis zum Unternehmertum wiederzubeleben in welchem der Betrieb als sozial agierendes Konstrukt zum Wohle des Menschen operieren kann.

Die solidarwirtschaftlichen Betriebe versuchen dies zu tun. Bei ihnen soll der Mensch wieder im Mittelpunkt der Dynamik wirtschaftlichen Handelns stehen und der Betrieb Mittel zum Zweck sein.

Dies, erstens, indem die Unternehmen sich ehrlich an der Zielvorgabe « Nachhaltige Entwicklung », im Sinne von ökologischen, sozialen sowie ökonomischen Dispositionen orientieren und damit die Voraussetzung schaffen dass auch zukünftige Generationen einen Planeten vorfinden welcher es ihnen erlaubt darauf zu leben, sowie zu unternehmen.

Dass die jeweilige Zivilgesellschaft, zweitens, die Möglichkeit haben soll sich stärker über die Notion « Territorium », gemeint ist die kommunale oder regionale Ebene, auch in punkto sozio-ökonomischer Aktivität, in den Gestaltungsprozess miteinbringen zu können. Die hier beschriebene territoriale Grössenordnung als Aktionsradius würde sicher die Geeignete sein um den Bürgern das Mitgestalten im Sinne einer effektiven partizipativen demokratischen Ordnung zu erlauben.

Wenn wir im Gegensatz dazu sehen dass der heute existierende und zählende Raumbegriff für ökonomische Aktivitäten als Projekt zwar noch immer eng mit dem Nationalstaat verbunden ist, so sehen wir doch auch dass immer weniger demokratische Entscheidungsfindung in diesem Rahmen stattfinden kann und dass hierfür die Projektionen, betreffend die Europäische Union bis hin zu einer globalisierten neuen Weltordnungsvorstellung, immer mehr die Überhand in Bezug auf die Regelung und Orientierung des sozio-ökonomischen Geschehens einnehmen.

Dies ist umso gefährlicher da die selbsternannten Organisierer dieser neuen Weltordnung, sprich die G8 und G20 Mitglieder, unterstützt und zum grossen Teil gelenkt von einer Armada von Experten und Lobbyisten, dazu übergegangen sind den Wettbewerb als einzig mögliche Kraft zur Weiterentwicklung der Menschen und der Gesellschaft zurückzubehalten und damit vorbehaltlos dem « Staat » die Ideologie der Wettbewerbsfähigkeit, nach dem Muster kommerzieller Betriebe, aufzwingen wollen.

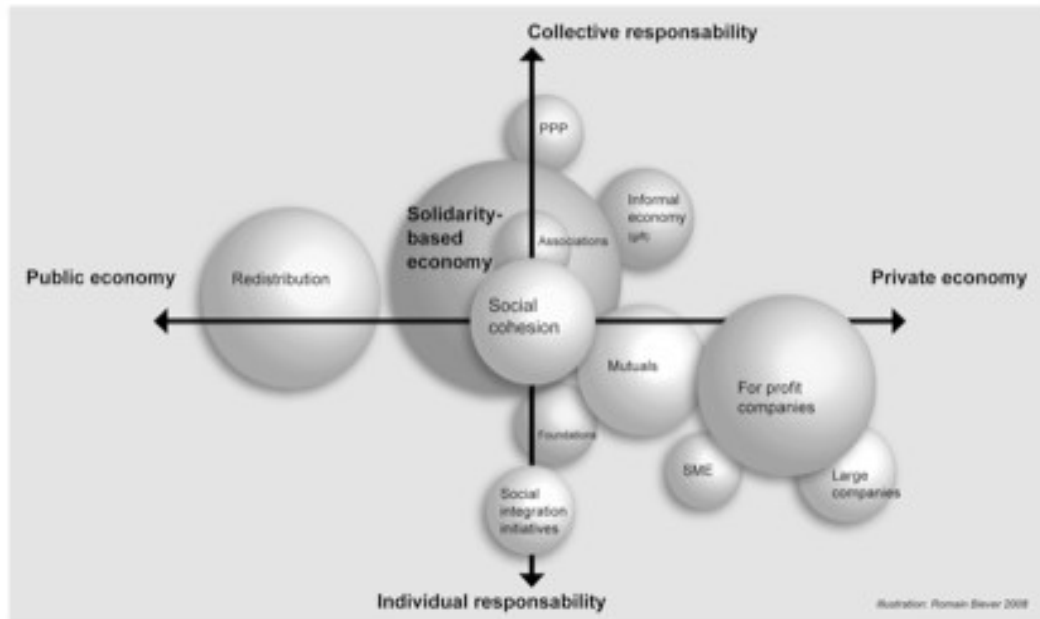
Dieser Wettbewerb zwischen demokratisch aufgebauten Nationalstaaten oder grösseren politisch-ökonomischen Blöcken, wie auch die Europäische Union, kann nicht Ziel einer friedfertigen Weltordnung sein, im Gegenteil, er kann in dieser Form nur Verursacher von Ungleichheit durch Ausnutzung von bestehenden volks- und betriebswirtschaftlichen Vorteilen sowie Nachteilen sein und führt zu einer globalisierten Gesellschaftspolitik die einzig und allein die Profitmaximierung als oberstes Ziel kennen kann.

Ehe diese Gefahr der politischen verwirtschaftlichung der Demokratie unumkehrbare Zustände erreicht hat sollte man anhand der Erfahrungen in Bezug auf die volks- und betriebswirtschaftlichen neoliberalen Irrungen aber auch in Bezug auf die alternativen Wirtschaftsakteure, versuchen den Sinn und Zweck eines Betriebes auf der Basis verschiedener Prüfsteine zu hinterfragen.

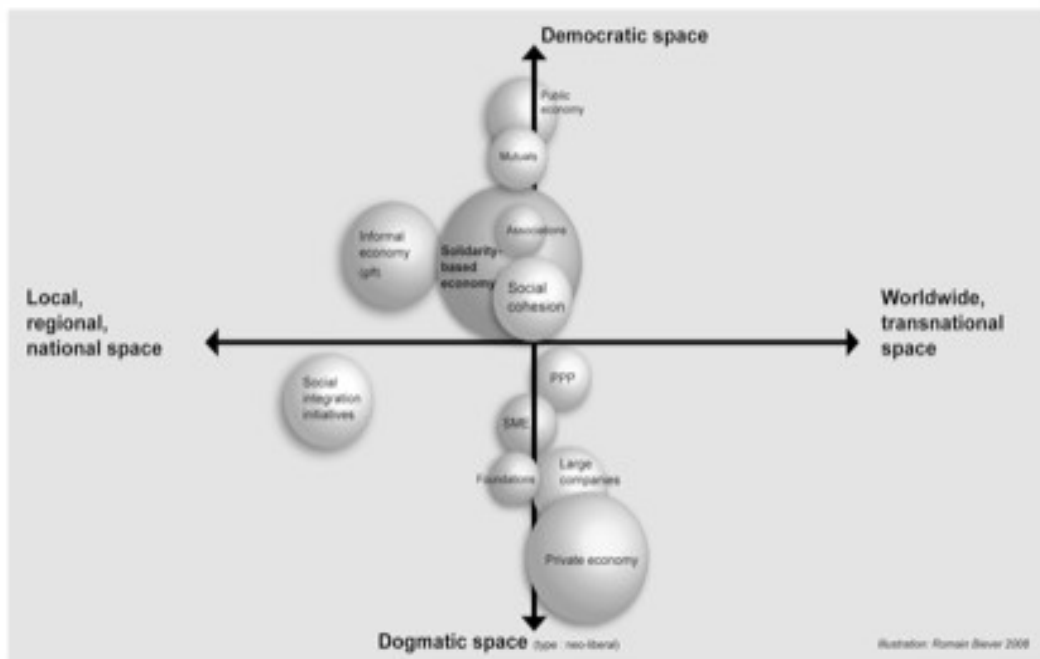
Anhand dieser Prüfsteine für Wirtschaftsakteure, die generell eng mit der Frage nach Konkurrenz und/oder Kooperation verknüpft sind, würden folgende fundamentale Fragestellungen erste Aufschlüsse über eine neue Ethik für wirtschaftliches Handeln aller relevanten Akteure ergeben können:

Erstens, wie (*und wo; Illustration 1*) stehen Betriebe zur Frage ihrer gesellschaftlichen Verantwortung und fördern sie den Gemeinwohl oder favorisieren sie eher den Individualismus? In der Illustration 1 wird der Versuch unternommen ein Diagramm zu erstellen in dem die verschiedenen relevanten Wirtschaftsakteure durch die Kreuzung zweier Axen, mit den Prüfsteinen „Kollektive Verantwortung / Individuelle Verantwortung“ und

„Volkswirtschaft / Privatwirtschaft“ in vier Spannungsfeldern mit der Importenz ihres Beitrages in Bezug auf die soziale Kohesion konfrontiert werden.



Zweitens, wie (und wo; *Illustration 2*) sind Betriebe in Bezug auf ihren Beitrag zur demokratischen Ordnung und ihrer territorialen Verantwortung aufgestellt und favorisieren sie das Mitbestimmen der Gemeinwesen oder sind sie eher Träger einer globalen und uniformen Doktrin? Nach demselben Muster wie bei der *Illustration 1* werden hier die Wirtschaftsakteure mit den Prüfsteinen „Demokratischer Raum / Dogmatischer Raum“ und „Lokaler Raum / Weltweiter Raum“ konfrontiert um ebenfalls ihren Beitrag zur Sozialen Kohesion abwägen zu können.



Anhand der graphischen Darstellungen, welche die grundlegenden Anforderungen an Betriebe beschreiben, dürften die angedachten Prüfsteine auch als erste Voraussetzungen, die zu einer demokratisierung der Wirtschaft führen, gelten. Ausgestattet mit einem präzisen, ortsspezifischen Fragenkatalog welcher aufbaut auf Elementen der Nachhaltigen Entwicklung wäre dieser Katalog ein weiterführender Ansatz um eine Art ethische Analyse der Betriebe in einem bestimmten überschaubaren Gebiet (Territorium), einer Gemeinde zum Beispiel, vorzunehmen und würde so den dort lebenden Menschen eine echte Chance zu einer fundierten Argumentation zur sozio-ökonomischen Gestaltung ihres Lebensraumes geben.

Hier würde somit partizipative Demokratie betreffend die Wahl der ökonomischen Entwicklung, absolut möglich werden. Es könnte zudem auch ein Werkzeugkasten werden der es erlaubt ständige „Messungen“ bei den Betrieben durchzuführen um ihr ethisches Agieren in Bezug auf das Gemeinwesen und die soziale Kohesion zu prüfen.

Solidarwirtschaft: Eine Valorisierung des Territoriums.

In einem weiterführenden Gedankengang zu der vorherigen Analyse der wirtschaftlichen Akteure (Betriebe) und ihrer wünschenswerten Funktion in Bezug auf ihre territoriale Verantwortlichkeit, muss man sicherlich, wenn man das Territorium als eigenwertigen Akteur seiner sozio-ökonomischen Entwicklung in Augenschein nehmen will, den Sockel der relevanten und dezisiven Akteure weiter fassen und eingehender auf die spezifischen Attribute des jeweiligen Territoriums achten müssen.

Das Territorium als Motor der zukünftigen sozio-ökonomischen Entwicklung ist somit eine Vision welche eine Dynamik beschreibt die historisch gesehen immer wieder auflebte und dies sicherlich auch mit positiven wie auch negativen Auswirkungen in Bezug auf die Idee des sozialen Zusammenhalts. Beispielhaft kann hier die Notion des Urbanismus angeführt werden, beginnend bei den griechischen Stadtstaaten, den Poleis über die mittelalterliche Entwicklung der Hanse, bis zur Idee der idealen Stadt in der Renaissance sind dies Exempel welche das „Konzept Territorium“ in den Mittelpunkt der sozio-ökonomischen Überlegungen stellten.

In der neueren Geschichte, so stellt Pierre Calame fest, verschieben sich diese Parameter betreffend den Wert des Territoriums, als vielschichtiger Akteur und kosmopolitischer Raum, drastisch. Er geht davon aus dass die Zeit der Aufklärung mit der Einführung der Bürgerrechte, die schliesslich auch die Einführung des Konzepts der Nationalstaaten hervorbringt schon noch eine territoriale Reorganisation beinhaltet, dass aber diese Reorganisation im Zuge des parallelen Einsetzens des Industriezeitalters, anderen, neuen Akteuren Vorrang und Macht gewährt, nämlich den industriellen Betrieben. Sie werden so im Laufe der Zeit immer stärker zum Angelpunkt für die sozio-ökonomische Entwicklung in unserer Gesellschaft.

Man findet auch hier die Idee der Dominanz des Utilitarismus in Bezug auf die geographische Reorganisation zum Gedeien des Marktes wieder wie sie im Kapitel zur Entwicklung der Sozialpolitik beschrieben wurde. Fast willkürlich werden neue Grenzen gezogen die ebenso neue Nationalstaaten hervorbringen wie auch deren Segmentierung in Departemente, Länder, Kantone oder Kommunen. Dies geschieht mehr oder minder wie am Reiss- oder Schachbrett und garantiert der Politik epochal noch eine gewisse Autorität in Sachen Gewährleistung von

Stabilität und Dominanz, fördert aber vor Allem schon die sichtbare Hand des Marktgedankens welcher den neuen Akteuren, den aufkommenden Industriebetrieben, die Schlüsselrolle in der Abwicklung der künftigen sozio-ökonomischen Szenarien zugesteht.

Mit dieser Entwicklung geht Einher dass ein ganzes gesellschaftliches Patchworkuniversum, aufgebaut auf Traditionen und spezifische Eigentümlichkeiten und Ambitionen verschwindet um Platz zu machen für den Gedanken einer neuen rationalen Uniformität die sich sowohl National sowie International durchsetzen wird.

Heute in unserer globalisierten Welt durchdringt dieses Prinzip der rationalen Uniformität weitestgehendst unsere Lebensweise und steuern tun es die grossen Betriebe und transnationalen Multis. Am Augenscheinlichsten wird dies erkennbar wenn Kinder überall in der westlichen Welt die gleichen Kleider tragen, wenn wir an allen Ecken des Globus das gleiche Essen zu uns nehmen können oder wenn wir standatisierte Arbeit leisten „dürfen“ die nichts zu unserem Wohlergehen in unseren jeweiligen Gemeinwesen beiträgt, somit aber feststeht dass unter diesen Gegebenheiten die Idee oder gar die Institution einer wirksamen demokratischen Weltgesellschaft als globaler Gegenspieler zum Konzept der rationalen Uniformität der Multis, sich zwar aufdrängen könnte, aber nicht ausreicht weil sie de facto als ein doch obsoletes und anonymes Konstrukt, welches losgelöst von den realen Bedürfnissen der Gemeinwesen nur die Rolle eines Handlagers zur Festigung der neoliberalen Theorie einnehmen würde.

Wenn die hier beschriebene Vision einer formalen demokratischen Weltgesellschaft nicht ausreicht, so wird es in Zukunft also darum gehen dass die Menschen sich darauf besinnen können inwiefern ihnen ihr Gemeinwesen wichtig ist, inwieweit auch die Zuversicht sich einstellen kann dass die kreativen Kräfte innerhalb einer territorialen Gemeinschaft zu bündeln wären um damit mehr und mehr Eigeninitiative in Bezug auf spezifische Ambitionen entwickeln zu können welche ein Abdecken der selbstdefinierten Bedürfnisse zum Ziel hätte. Diese Vorgehensweise dürfte es den Territorien idealerweise erlauben in einer ersten Phase in eine Art „gleichwertige Konkurrenz“ zu den Multis treten zu können.

Es wäre dies der Versuch einer neuen Art der politisch-ökonomischen Governance, vorausgesetzt der politische Wille besteht, mehr Verantwortung und Mittel an die Gemeinwesen abzugeben. Unter modernen Gemeinwesen sollte man hier die im Laufe der modernen Geschichte und heute existierenden urbanen wie auch ruralen Gemeinwesen berücksichtigen. Es steht fest dass sich mit der Zeit Gemeinwesen herausgebildet haben die sich über die Akkumulation von Investments wie auch immateriellem sowie Humankapital die Voraussetzung geschaffen haben ein Eigenleben vorzuweisen welches darauf beruht dass sie am selben Ort über eine diversifizierte und qualifizierte Arbeitsleistung verfügen, dass sie dadurch über eine genauso diversifizierte Angebot in Bezug auf die Produktion von Gütern und Dienstleistungen durch Klein- und Mittelbetriebe sowie alternative Betriebe verfügen und dass die Unterstützung in der Entwicklung des Territoriums durch die „offenen“ Hochschulen und Forschungszentren gewährleistet werden kann. Mit diesen Attributen ausgestattet wäre es nicht abwegig das Territorium wieder als zukünftigen wichtigen und eigenständigen ökonomischen Akteur zur Wirkung kommen zu lassen anstatt dass dieses Muster des organisierten ökonomischen Akteurs einzig und allein den weltweit agierenden Multis überlassen wird und dies zur Konsequenz hat dass die Territorien somit untereinander ausgespielt werden können.

Das Konzept der pluralen Ökonomie, das heisst verteilendes, gewinnbringendes und nicht gewinnbringendes Handeln, würde so über die Instanz „Territorium“ der direkten Kontrolle des Gemeinwesens unterliegen können und würde der partizipativen Demokratie im Sinne der Bürgerbeteiligung an Entscheidungsprozessen eine reelle Chance zur sozio-ökonomischen Mitgestaltung des Territoriums eröffnen.

In einer zweiten Phase würde dies heissen dass die Möglichkeit eines Primats der demokratischen Politikgestaltung über die sich eigenständig entwickelnde (neoliberale) „Ökonomie“ wieder gegeben wäre da die führenden Kreise der Multis, welche sich heute ob ihrer Macht dazu berufen fühlen die Weltordnung zu organisieren und zu stabilisieren, dazu angehalten wären mit wiedererstarkten und unter sich vernetzten „Partnern“ auf Augenhöhe verhandeln zu müssen.

Dementsprechend ist auch die Annahme der vielbeschworenen Gefahr, dass die Politik dabei ist von der Ökonomie zu lernen und dabei wäre den Staat nach deren Prinzipien zu organisieren und zu leiten, trügerisch und falsch. Im Grunde lenkt diese Annahme nur davon ab dass die grosse reelle Gefahr darin besteht dass der führende Kreis der Multis sich die ursprüngliche Philosophie einer staatlich-demokratischen Ökonomie welche allgemein-ethisch die Befriedigung der Bedürfnisse aller Menschen darstellt, zunutze macht um damit über den Mechanismus von immer mehr (Macht)Konzentration in Bezug auf Entscheidungsfindungsprozesse „unbemerkt“ in die Rolle einer Weltregierung zu schlüpfen. Dies wiederum ist nur möglich durch eine immer härter werdende und durchzuführende Strategie eines „Sozialdarwinismus für Betriebe“ und man lässt damit gar die Menschen aussen vor was dann auch dazu führt dass diese ganze Entwicklung unweigerlich ohne jegliche demokratische Legitimation stattfinden kann.

Diese Erkenntnisse, welche die Gefahr eines sich schleichend installierenden totalitären Systems klar umreissen, dürften reichen um den zukünftigen Stellenwert der Territorien zu beschreiben, wie auch die Notwendigkeit der Akzeptanz von vielfältigen ökonomischen Akteuren im Sinne einer pluralen Ökonomie. Hier, in der Verteidigung der Fülle und der Vielgestaltigkeit der Möglichkeiten des Wirkens zum Wohle der Menschen, den Gemeinwesen und den Gemeinschaften sollte der Grundansatz der Solidarwirtschaft gesehen werden.

Konkrete Ansätze zu solchem Agieren finden sich in so verschiedenen Solidarwirtschaftsformen, wie der Kreislaufwirtschaft, den Vereinigungen ohne Gewinnzweck, den Genossenschaften und Produktionskooperativen, der Bewegung der „Cultural creatives“, im Fair Trade oder in ethischen Finanzierungsprojekten. Sie alle haben vor Allem gemeinsam dass sie entweder dem Territorium verbunden sind oder aber respektvoll und verantwortlich territorialübergreifend Vernetzt agieren.